

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 18.02.2025

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:30 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Bärwolff, Herr Möller
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Behandlung von Anfragen	
4.1.	Umbenennung Objekt „Family Club“ Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Morgenroth hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Ju- gend und Gesundheit	2515/24

5.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
5.1.	Förderung gesundheitsbezogener Projekte nach FRL-GesundheitEF BE: Leiterin des Gesundheitsamtes	2435/24
5.2.	Förderung von Projekten und Maßnahmen des LSZ im Jahr 2025 BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	0251/25
6.	Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates	
6.1.	Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis auf kommunaler Ebene – Modelvorhaben zur Abgabe von Cannabis entsprechend dem Programm des Bundes in Erfurt umsetzen BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	1585/24
6.2.	Keine Zeltlager in Erfurt: Taskforce für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Erfurt BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	1817/24
7.	Informationen	
7.1.	Finanzplan Deutscher Fürsorgetag 16.-18.09.2025 BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	2475/24
7.2.	Sachbericht für das Jahr 2023 zum Kompetenz- und Beratungszentrum des Schutzbundes der Senioren und Vorruheständler BE: Leiter des Amtes für Soziales hinzugezogen: Vorstand des Schutzbundes der Senioren und Vorruheständler Thüringen e.V.; Leiterin des Kompetenz- und Beratungszentrum des Schutzbundes der Senioren und Vorruheständler Thüringen e.V.	0182/25

- | | | |
|------|---|----------------|
| 7.3. | Sachbericht 2023 zum Netzwerk für Integration und Zentrum für Integration und Migration
BE: Leiter des Amtes für Soziales
hinzugezogen: Netzwerkkoordinatorin und Leiterin des Zentrums für Integration und Migration | 0184/25 |
| 7.4. | Projektbeginn „Begegnen – Beraten – Wohnen (B²W) – Gemeinsam Zusammen in Erfurt“
BE: Leiter des Amtes für Soziales | 0203/25 |
| 7.5. | Mündliche Informationen | |
| 7.6. | Sonstige Informationen | |

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Beigeordnete für Bau und Verkehr, Herr Bärwolff, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung. Er stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte die Ausschussmitglieder und Gäste.

Zu Beginn der Sitzung waren acht stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Bärwolff teilte zudem mit, dass er für die Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke die Vertretung übernehme, da diese sich noch im Krankenstand befände. Er informierte außerdem, dass die Ausschussvorsitzende, Frau Schwarz und auch Frau Morgenroth als stellv. Ausschussvorsitzende sich im Vorfeld zur Sitzung entschuldigen mussten und nicht an der Sitzung teilnehmen können. Vor diesem Hintergrund wurde durch Herrn Bärwolff empfohlen als Sitzungsleitung ein Mitglied aus der Mitte des Ausschusses zu bestimmen. Gegen die Vorgehensweise erhob sich kein Widerspruch. Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, wurde durch Herrn Bärwolff als Sitzungsleiter vorgeschlagen. Herr Bärwolff bat die Ausschussmitglieder über den unterbreiteten Vorschlag zur Sitzungsleitung abzustimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Sitzungsleitung wurde sodann an Herrn Möller übergeben. Herr Möller ergriff das Wort und richtete im Namen des gesamten Ausschusses und aller Anwesenden Genesungswünsche an Frau Hofmann-Domke sowie alle weiteren im Krankenstand befindlichen Ausschussmitglieder aus.

Abschließend unterrichtete Herr Möller die Ausschussmitglieder über die neue, zuständige Referentin des Sitzungsdienstes, Frau Reuter, welche heute ihre erste Ausschusssitzung als Referentin des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung übernimmt. Er begrüßte Frau Reuter im Namen aller Ausschussmitglieder und wünschte ihr die zukünftige Arbeit viel Erfolg.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Sitzungsleiter, Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, informierte die Ausschussmitglieder über die Vertagung des Tagesordnungspunktes 4.1 – Drucksache 2515/24 – Umbenennung Objekt „Family Club“ durch die Fragestellerin, Frau Morgenroth, im Vorfeld zur Sitzung.

Aufgrund der Anwesenheit geladener Gäste unterbreitete Herr Möller den Vorschlag die Tagesordnungspunkte

- 7.2 – Sachbericht für das Jahr 2023 zum Kompetenz- und Beratungszentrum des Schutzbundes der Senioren und Vorruheständler (Drucksache 0182/25)

und

- 7.3 – Sachbericht 2023 zum Netzwerk für Integration und Zentrum für Integration und Migration (Drucksache 0184/25)

nach Tagesordnungspunkt 3 – Dringliche Angelegenheiten zu behandeln. Gegen die unterbreitete Vorgehensweise erhob sich Seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Der geänderten Tagesordnung stimmten die Ausschussmitglieder einstimmig zu:

Abstimmungsergebnis

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Dringliche Angelegenheiten

Eine Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

4. Behandlung von Anfragen

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 4.1. | Umbenennung Objekt „Family Club“ | 2515/24 |
| | Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Morgenroth | |
| | hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | |

vertagt

5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 5.1. | Förderung gesundheitsbezogener Projekte nach FRL-GesundheitEF | 2435/24 |
| | BE: Leiterin des Gesundheitsamtes | |

Vor Aufruf der Drucksache erklärten sich Herr Möller, Sitzungsleiter und Herr Neigefindt, Fraktion SPD & PIRATEN als befangen. Vor diesem Hintergrund werde durch diese keine Beteiligung an der Beratung und der anschließenden Abstimmung erfolgen. Herr Möller übergab die Sitzungsleitung an den Beigeordneten für Bau und Verkehr, Herrn Bärwolff. Die Beratung wurde eröffnet.

Die sachkundige Bürgerin, Frau Wagner, bezog sich auf die Anlage 4 der Drucksache und bat um nähere Erläuterungen, welche Fördervoraussetzungen bei den Projekten 11, 12, 13 und 14 nicht erfüllt wurden. Durch die Leiterin des Gesundheitsamtes wurde auf die Definitionen zu den Fördervoraussetzungen der Förderrichtlinie verwiesen. Es besteht für jeden Antragsteller das Angebot sich verwaltungsrechtlich beraten zu lassen, um die strengen Kriterien zu beleuchten. Auch die zuständige Stabstelle ist inhaltlich unterstützend eingebunden. Sollte die hier zur Abstimmung stehende Vorlage beschlossen werden, werden die nicht förderfähigen Antragsteller, verbunden mit dem Angebot der Erläuterung der Versagungsgründe, informiert.

beschlossen Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 2

Beschluss

01

Die gesundheitsbezogenen Projekte nach Fördergegenstand 2.2 der Förderrichtlinie zur Erfüllung gesundheitsbezogener Aufgaben (FRLGesundheitEF) im Jahr 2025 werden entsprechend der Anlage 1¹ beschlossen.

02

Die grundsätzlich förderfähigen Projekte (Rang 7 bis 10) gemäß Anlage 2² werden als Nachrückerliste beschlossen.

03

Abweichend der FRLGesundheitEF können finanzielle Mittel, die durch Rücktritt von Projekten nach dem 30.03.2025 nicht vergeben werden, im Ermessen der internen Steuerungsgruppe für andere gesundheitsförderliche Maßnahmen und Projekte vergeben werden.

5.2. Förderung von Projekten und Maßnahmen des LSZ im Jahr 2025 0251/25

BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Durch die sachkundige Bürgerin, Frau Wagner, wurden weitere Informationen zum Filmprojekt erbeten sowie eine Auskunft, ob bereits Landesmittel beantragt oder bewilligt wurden. Hintergrund des Projektes ist die Teilhabe älterer Menschen im Quartier, im Hin-

¹ als Anlage 1 der öffentlichen Niederschrift beigefügt

² als Anlage 2 der öffentlichen Niederschrift beigefügt

blick auf die Thematik Einsamkeit, erklärte der zuständige Referent des Dezernats 05 für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit. Hinsichtlich der Anfrage zu Fördermitteln des Landes fuhr der zuständige Referent fort, dass grundsätzlich eine Abstimmung mit dem Freistaat Thüringen erfolgt, um die mehrfache Förderung eines Projekts auszuschließen.

Frau Stange, Fraktion Die Linke, warb für die Unterstützung der fantastischen und unterschiedlichsten Projekte. Durch den sachkundigen Bürger, Herr Büssow, erfolgte der Hinweis, dass ggf. eine übergeordnete Überwachungsstruktur eingerichtet werden sollte, um die Förderung von zu viel gleichgelagerten Projektstrukturen zu vermeiden. Der Sitzungsleiter, Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, erkundigte sich nach dem zu Verfügung stehenden Fördervolumen. Aufgrund der Nachfragen hinsichtlich einer sog. „Negativliste“ einigte sich der Ausschuss auf die nachstehende Festlegung:

Drucksache 0547/25	Aufgrund der getroffenen Aussagen bzgl. der Drei-Stufen-Prüfung zu LSZ-Anträgen, bittet der Ausschuss um folgende Zuarbeit: Im Hinblick auf die versagten, sprich nicht förderfähigen Projekte/ Maßnahmen, bittet der Ausschuss um detaillierte Erläuterungen zu den formellen Versagungskriterien. Weiter wird um Auskunft gebeten, welche Projekte nach inhaltlicher Prüfung durch die Fachämter der Landeshauptstadt Erfurt abgelehnt wurden bzw. welche Anträge letztlich durch das zuständige Ministerium des Freistaats Thüringen als nicht förderfähig abgewiesen wurden. Die Erstellung einer sog. Negativliste wurde zudem zugesichert. T: 25.03.2025 V: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
-------------------------------	---

Zum Antragsvolumen erklärte der zuständige Referent des Dezernats 05, dass es für das Jahr 2025 mit 80 Anträgen die bisher höchste Anzahl an Antragstellungen gab. Aufgrund der nicht mehr zu bewältigen Zahl an zu bearbeitenden Anträgen sei es zwingend notwendig das LSZ-Antragsverfahren anzupassen und zu reformieren. Derzeit seien Fachplaner aus vier Fachämtern zu beteiligen sowie eine Sachbearbeiterin zur Bearbeitung der Anträge abgestellt. Seit dem 01.01.2025 sei zudem der sogenannte „Erfurt-Paragraph“ in Kraft getreten, nach welchem der Freistaat Thüringen die Anträge abschließend zu prüfen hat. Der hierfür zuständigen Fachkoordinatorin des zuständigen Ministeriums obliegt die formelle und inhaltliche Prüfung der Anträge. Durch das Dezernat 05 wurden rund 1.280.000 EUR beantragt, das zuständige Ministerium habe abschließend 1.170.000 EUR bewilligt, was somit eine Anpassung erforderlich macht, informierte der zuständige Referent.

Bezüglich der getroffenen Aussagen rund um die notwendige Reform des LSZ-Verfahrens, fasste Herr Möller zusammen, dass der zukünftige Umgang mit dem LSZ dringend besprochen werden müsse, um die Ziele des LSZ herauszuarbeiten.

Herr Kemnitz, sachkundiger Bürger, hinterfragte, aus welchem Grund vorwiegend Projekte aus dem Planungsräumen des Stadtgebiets des Nordens und der Oststadt gelistet seien,

jedoch keine Projekte aus dem Bereich „Süd-Ost“ zu finden sind. Es wurde abschließend durch die Vertreter des Dezernates 05 erklärt, dass im vorliegenden Fall nur Anträge mit einem Förderumfang von mehr als 5.000 EUR Berücksichtigung finden. Es liegen für die hinterfragten Bereiche eine Vielzahl von Mikro-Projekte unter 5.000 EUR vor, welche förderfähig sind.

beschlossen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Die Förderung der Projekte entsprechend Anlage 1³ wird, vorbehaltlich der Bescheidung durch das Land und der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für das Haushaltsjahr 2025 beschlossen.

6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 6.1. Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis auf kommunaler Ebene – Modelvorhaben zur Abgabe von Cannabis entsprechend dem Programm des Bundes in Erfurt umsetzen 1585/24**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Nach Aufruf der Drucksache beantragte Frau Wuttig, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN die Vertagung der Entscheidungsvorlage, unter der Ankündigung, dass noch detaillierte Anpassungen erfolgen werden.

Der Sitzungsleiter bat sodann die Ausschussmitglieder über den mündlichen Antrag auf Vertagung abzustimmen. Der Ausschuss votierte mit dem nachstehenden Ergebnis für eine Vertagung durch die einreichende Fraktion:

vertagt Ja 10 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

- 6.2. Keine Zeltlager in Erfurt: Taskforce für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Erfurt 1817/24**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Nach Aufruf der Drucksache beantragte Frau Wuttig, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die Vertagung der Entscheidungsvorlage.

³ als Anlage 3 der öffentlichen Niederschrift beigelegt

Der Sitzungsleiter bat sodann die Ausschussmitglieder über den mündlichen Antrag auf Vertagung abzustimmen. Der Ausschuss votierte mit dem nachstehenden Ergebnis für eine Vertagung durch die einreichende Fraktion:

vertagt Ja 10 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

7. Informationen

7.1. Finanzplan Deutscher Fürsorgetag 16.-18.09.2025 2475/24 **BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit**

Durch Frau Stange, Fraktion Die Linke, wurden die ihrer Ansicht nach enormen Catering-Kosten kritisiert. Der Sitzungsleiter, Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, erinnerte an die Wichtigkeit des Kongresses, zu welchem sich die gesamte Branche der sozialen Arbeit zusammenfindet.

Bezüglich der erhobenen Kritik zu den Catering-Kosten erklärte der Referent des Dezernats 05 für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, dass aufgrund des Veranstaltungsortes bindend der dort agierende Caterer gebucht werden muss, welcher die Preise vorgibt. Weiter berichtete der zuständige Referent, dass die Stadt stark in die Planungen eingebunden werde, ein eigenes Fachgremium und selbst gewählte Themen während Kongresses vorstellen werde. Zudem erscheint bezüglich des Deutschen Fürsorgetages in Erfurt eine Sonderausgabe in der Fachzeitschrift des Deutschen Fürsorgetages.

zur Kenntnis genommen

7.2. Sachbericht für das Jahr 2023 zum Kompetenz- und Beratungszentrum des Schutzbundes der Senioren und Vorruheständler 0182/25 **BE: Leiter des Amtes für Soziales** **hinzugezogen: Vorstand des Schutzbundes der Senioren und Vorruheständler Thüringen e.V.; Leiterin des Kompetenz- und Beratungszentrum des Schutzbundes der Senioren und Vorruheständler Thüringen e.V.**

Der Tagesordnungspunkt wurde direkt nach dem TOP 3 – Dringliche Angelegenheiten – behandelt (siehe TOP 2 – Änderung der Tagesordnung).

Einleitend stellte der Sitzungsleiter, Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, die geladenen Gäste, die Vorsitzende des Schutzbundes sowie die Leiterin des Beratungszentrums vor. Er

bat vor diesem Hintergrund die Ausschussmitglieder, den Gästen das Rederecht zu erteilen. Diese wurde einstimmig erteilt:

Abstimmungsergebnis

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Herr Möller übergab sodann das Wort an die Vorsitzende des Schutzbundes. Die Vorsitzende stellte im Rahmen eines kurzen Berichts die Arbeit des Schutzbundes des Jahres 2023 vor. Man orientiere sich in erster Linie an den Bedarfen der Senioren und Vorruheständler. Zudem pflege man eine Ehrenamtszentrale für Interessierte ab 55 Jahren. Diese Zentrale dient als Schnittstelle zwischen der Arbeit des Vereins und den Bedürfnissen der Senioren und Vorruheständler. Ebenso pflege man eine intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat. Weiterhin konnte aufgrund der zunehmenden Notwendigkeit eine Wohnungsberatungsstelle eingerichtet werden. Ziel soll es sein für Senioren und Vorruheständler den Erhalt der Wohnung zu ermöglichen bzw. über alternative Wohnkonzepte zu informieren und hierbei unterstützend zur Seite zu stehen. Ein weiteres Angebot des Vereins sind vor allem Bildungs- und Bewegungskurse im Alter. Im Jahr 2023 konnte wieder die Teilnehmerzahl von vor dem Ausbruch der CORONA-Pandemie erreicht werden. Rund 10.000 Menschen haben Sport- und Bildungskurse in Anspruch genommen.

Herr Möller bedankte sich nach Abschluss der Ausführungen im Namen aller Anwesenden für die engagierte und wichtige Arbeit aller Mitarbeiter und ehrenamtlich Aktiven. Der Leiter des Amtes für Soziales schloss sich den Ausführungen an und betonte ebenfalls die enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Verein und dem Amt für Soziales. Mit der Vorstellung des Berichts wollte man dem Wunsch der Ausschussmitglieder nachkommen, nähere Informationen zu der Arbeit des Vereins zu erhalten.

An der anschließenden Beratung beteiligten sich u. a. Frau Stange, Fraktion Die Linke, Herr Neigefindt, Fraktion SPD & PIRATEN, Frau Pietsch, Fraktion CDU, Frau Rösch, Fraktion Mehrwertstadt, Frau Wuttig, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und die sachkundige Bürgerin, Frau Rothe.

Es wurde um Auskunft gebeten, wie viele Mitglieder der Schutzbund zählt und ob man als Angebotsempfänger zwingend Vereinsmitglied sein muss. Die Leiterin des Beratungszentrums erklärte, dass die Mitgliederzahl Schwankungen unterläge, aber der Verein durchschnittlich zwischen 550 und 580 Mitglieder zähle. Durchaus freue man sich über jedes neue Mitglied, jedoch wäre eine Mitgliedschaft keinesfalls zwingend, um die Angebote des Vereins wahrnehmen zu können. Jeder sei willkommen und soll die Angebote nutzen können. Aufgrund der Nachfragen zu digitaler Teilhabe, ergänzte die Leiterin, dass als neues Angebot eine Smartphone-Sprechstunde angeboten werde, welche Interessierten den Weg aus der analogen Welt hinein in die digitale Welt erleichtern soll. Als Mentoren konnte man hierfür Schülern und Studenten gewinnen, welche im Rahmen von Einzelberatungen Senioren und Ruheständlern alle Fragen rund ums Smartphone und der Bedienung versuchen zu beantworten. Weiter gäbe es Kurse zum Thema „Software/ Hardware und Internet“. Diese werden auch bereits als Hybridveranstaltungen angeboten und können im Rahmen einer Onlinekonferenz mitverfolgt werden. Neben den Herausforderungen der

digitalen Welt, sehen sich Senioren und Ruheständler aber auch pragmatischen Problemen ausgesetzt, wie Schwierigkeiten beim Erwerb eines Parktickets.

Herr Neigefindt lobte insbesondere die Einrichtung der Wohnberatung.

Weiter erkundigten sich die Ausschussmitglieder, auf welchen Weg über die Vielzahl der Angebote informiert werde. Hier erläuterte der Leiter des Amtes für Soziales, dass über den Seniorenkalender, welcher wöchentlich erscheint, alle Angebote, Kurse und Veranstaltungen vorgestellt werden. Aufgrund der getroffenen Aussagen über die digitale Teilhabe äußerte Frau Rötsch ebenfalls ihre Begeisterung für die Arbeit des Vereins und bot im Namen ihrer Fraktion an, bei Interesse gerne über die verschiedensten Social-Media-Kanäle die Angebote zu bewerben und auch über diesen Weg am Ehrenamt Interessierte zu erreichen.

Abschließend bat Frau Stange die Vorsitzende des Vereins und Leiterin des Beratungszentrums ihre Wünsche hinsichtlich der zukünftigen Arbeit des Vereins zu nennen, auf welche ggf. die Stadtratsmitglieder Einfluss nehmen könnten, um die Arbeit zu unterstützen. Grundlegend benötige man als Verein immer die Unterstützung von ehrenamtlich Tätigen. Die „neue“ Generation der Senioren und Ruheständler legt ihr Hauptaugenmerk vor allem auf den Erhalt der geistigen und körperlichen Fitness. Vor diesem Hintergrund hoffe man, dass man bei den in die Rente bzw. in den Ruhestand gehenden „Baby-Boomern“ eine Vielzahl an Lehrern, vor allem Sportlehrern, für die Mitarbeit im Ehrenamt begeistern könne. Weiterhin sind Weiterbildungsangebote für die hauptamtlich Arbeitenden im Verein immer notwendig.

zur Kenntnis genommen

- 7.3. Sachbericht 2023 zum Netzwerk für Integration und Zentrum für Integration und Migration 0184/25**
BE: Leiter des Amtes für Soziales
hinzugezogen: Netzwerkkoordinatorin und Leiterin des
Zentrums für Integration und Migration

Eingangs stellte der Sitzungsleiter, Herr Möller, die geladenen Gäste des Zentrums für Integration und Migration (ZIM) vor. Der Einladung waren die Leiterin sowie die Netzwerk-Koordinatorin gefolgt. Vor dem Hintergrund der Anwesenheit bat Herr Möller die Ausschussmitglieder den Gästen das Rederecht zu erteilen. Diesem wurde einstimmig zugestimmt:

Abstimmungsergebnis

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Leiterin des Zentrums für Integration und Migration teilte mit, im Juni 2024 die Arbeit im Zentrum aufgenommen zu haben. Sie stellte die Arbeit und Zusammensetzung des Zentrums vor. Mittlerweile habe man 92 Mitglieder und freue sich zudem über einen stetigen Zuwachs. Mittlerweile existiere das Zentrum mehr als 25 Jahre. Zu den Partnern können u.a. acht nationale Vereine gezählt werden. Im Rahmen von Tagungen findet ein re-

gelmäßiger Austausch mit den Partnern statt. Auch durch Arbeitsgemeinschaften fördere man die Weiterentwicklung der Zentrumsarbeit. Über die Website können sich Interessierte über alle Angebote und Angebotspartner informieren. Wöchentlich werden derzeit rund 61 Kurse und Veranstaltungen angeboten. Außerdem konnte man pensionierte Richter gewinnen, welche Rechtsberatungen auf dem Gebiet des Ausländer- und Asylrecht anbieten.

Nach Abschluss der Ausführungen durch die Vertreterinnen des Zentrums für Integration und Migration, eröffnete Herr Möller die Beratung. Eingangs bedankte sich der Leiter des Amtes für Soziales für die jahrelange Zusammenarbeit.

Frau Wuttig, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bat um nähere Erläuterungen hinsichtlich der im Bericht vorgestellten Netzwerkumfrage und welche Erkenntnisse aus der Umfrage gezogen werden konnten. Die Rückmeldung der Netzwerkpartner dient als Input, vor allem um Erkenntnisse zu gewinnen, welche Tools durch die Interessenten gut angenommen werden und welche ggf. angepasst oder ausgetauscht werden sollten, so die Vertreterinnen des ZIM. Auf Nachfragen von Frau Pietsch, Fraktion CDU, welche Hilfen das ZIM dringend benötige, wurde erwidert, dass ein barrierefreier Zugang zur zweiten Etage des Zentrums, mehr Räumlichkeiten sowie eine dritte Stelle wünschenswert wären. Einige der an das ZIM herangetragenen Wünsche können nicht durch dieses umgesetzt und verwirklicht werden. Für die Unterstützung durch die Netzwerkumfrage ist man sehr dankbar und werde es an die Partner weiterleiten, um die Zusammenarbeit weiter zu bündeln.

zur Kenntnis genommen

7.4. Projektbeginn „Begegnen – Beraten – Wohnen (B²W) – Gemeinsam Zusammen in Erfurt“ 0203/25
BE: Leiter des Amtes für Soziales

Der Leiter des Amtes für Soziales erläuterte nochmals die Hintergründe des Projektes und informierte über die Bewerbung beim zuständigen Bundesprogramm. Ziel ist es, einen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit zu erstellen, speziell gegen verdeckte Wohnungslosigkeit. Die benannte Fördersumme beinhalte vorrangig die Personalkosten.

zur Kenntnis genommen

7.5. Mündliche Informationen

Im Vorfeld zur Sitzung wurden keine mündlichen Informationen abgefordert.

7.6. Sonstige Informationen

Frau Rötsch, Fraktion Mehrwertstadt, ergriff das Wort und zeigte ihre Verwunderung darüber, dass bis zum heutigen Tag keine Vorstellung der neuen Gleichstellungsbeauftragten

im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vorgesehen wurde. Ihrer Ansicht nach sei dies dringend nachzuholen, unter Einbindung relevanter Träger, wie beispielsweise Vertreter der Frauenzentren und des Queeren Zentrums.

Der Sitzungsleiter erinnerte, dass durch den Ausschuss kein Anhörungsrecht bestünde, jedoch die Bitte an die Gleichstellungsbeauftragte herangetragen werden könne, sich in einer der künftigen Sitzungen persönlich dem Fachausschuss vorzustellen sowie die zukünftigen zu thematisieren.

Protokollnotiz

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wurde bemängelt, dass die neue Gleichstellungsbeauftragte nicht zur Sitzung vorgestellt wurde und nicht über Ihre Ziele und Formen der Zusammenarbeit mit den Trägern/Vereinen, die sich mit Gleichstellungsfragen befassen (z. B. Frauenhaus) informierte. Die Ausschussmitglieder bitten vor diesem Hintergrund, dass die vorgenannte Beauftragte einer Einladung des Ausschusses zeitnah folgt.

Nachdem keine weiteren Fragen vorlagen, beendete der Sitzungsleiter die öffentliche Sitzung des Ausschusses. Die Nichtöffentlichkeit wurde hergestellt.

gez. Bärwolff
Beigeordneter für
Bau und Verkehr und Umwelt

gez. Möller
Sitzungsleiter

gez. 
Schriftführer/in